

Benard, Cheryl: Civil Democratic Islam. Partners, Resources, and Strategies. The RAND Corporation: Santa Monica 2003.

Seit dem 11. September wogt die Debatte in den USA hin und her, wie das Land auf den politischen Islam in seiner Extremvariante am besten reagiert. Soll es sich mit der Verhinderung weiterer Gewalttaten begnügen, soll es ihn zu seinem Feind erklären, oder soll es sich mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen des Terrorismus befassen, um diese zugunsten von Demokratie und Entwicklung überwinden zu helfen? Diese drei Fragestellungen will eine Studie beantworten, die einer der großen amerikanischen „Think tanks“, die RAND Corporation, bei der Sozialwissenschaftlerin Cheryl Benard in Auftrag gab und deren Ergebnisse nun auch im Internet verfügbar sind. Die Autorin unterscheidet vier Grundformen im Islam:

- den Fundamentalismus, der demokratische Werte und die westliche Kultur ablehnt, an deren Stelle er einen autoritären, puritanisch-islamischen Staat unter Nutzung moderner Technologien aufbauen will;
- den Traditionalismus mit dem Ziel einer konservativen Gesellschaft, der sich der Moderne, der Erneuerung und dem Wandel gegenüber argwöhnisch zeigt;
- den Modernismus mit dem Wunsch einer modernen Welt, die Teil der globalen Moderne werden soll, und
- schließlich den Säkularismus, der auf eine Trennung von „Kirche und Staat“ in der islamischen Welt gemäß den Modellen der westlichen Demokratien hinarbeiten will und das religiöse Bekenntnis in die Privatsphäre abschiebt.

Diese vier Strömungen, führt Benard aus – und an ihrer Bewertung entscheide sich das westliche Verhältnis zu ihnen –, verfechten unterschiedliche Vorstellungen, was die politische und persönliche Freiheit, den Status der Frauen, das Strafrecht, die Legitimität von Reformen und die Haltung gegenüber dem Westen betrifft. Es kann nicht wundernehmen, dass die Autorin die klassische, wenn auch differenzierte Methode des „Teile und herrsche“ empfiehlt, nämlich die Modernisten zu unterstützen,

die Traditionalisten gegen die Fundamentalisten auszuspielen, die Fundamentalisten zu bekämpfen und ihnen das Monopol über die Definition des Islam zu entwenden sowie den Säkularisten bedingt zu helfen. Benard verlangt, dass der Westen gleichzeitig seine eigenen Werte beharrlich und entschieden vortragen und auf taktische und lediglich den eigenen Interessen dienende Kooperationen verzichten müsse.

Gerade wenn man diesem Konzept im Grundsatz zustimmt, bleibt offen, ob die Modernisten und die Säkularisten in den arabisch-islamischen Gesellschaften nicht bereits an den Rand gedrängt worden sind und die Legitimität ihrer kulturellen und gesellschaftlichen Ansätze verloren haben. Viele Anzeichen deuten jedenfalls darauf hin. Selbst im klassischen Land des „Islam der Flüsse“ (Ghassan Salamé), dem traditionell für religiöse Friedfertigkeit und kulturelle Offenheit bekannten Ägypten, ist dies längst nicht mehr sicher. Insofern ist zu befürchten, dass westliche Ansätze eines besseren Verständnisses der islamischen Welt zu spät kommen.

Eine Politik der kontinuierlichen Interventionen und eine Wirtschaft, die den Freihandel fordert und den Zugang zu arabischen Märkten meint, haben ein Kapital des Vertrauens verspielt, das in einer Zeit der Revolte dem Westen heute schmerzlich fehlt. Das Ausmaß der Entfremdung (wenn es denn je eine Nähe gegeben haben sollte) lässt sich nur aufholen, wenn der politische Wille der Völker des Islam respektiert wird, statt ihnen westliche Erfahrungen mit den Spielregeln der Demokratie frontal aufzudrängen.

Es ist eine Ironie der Konfliktgeschichte, dass diese Einschätzung am wenigsten für die Palästinenser in den besetzten Gebieten gilt. Die Nachbarschaft zum Staat Israel und die Begegnung von vielen hunderttausend Flüchtlingen und Emigranten mit der politischen Kultur des Westens haben dafür gesorgt, dass sie am ehesten für demokratische Reformen aufgeschlossen sind. Es wäre ein kluger Schachzug, zögen die Amerikaner und die Europäer daraus die Konsequenz ziehen, für dieses Volk das politische Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen: Sie könnten einen Verbündeten gewinnen. Versagen sie, würden sich islamische Extremisten vom Schlag der „Hamis“ wieder einmal ins Fäustchen lachen.